

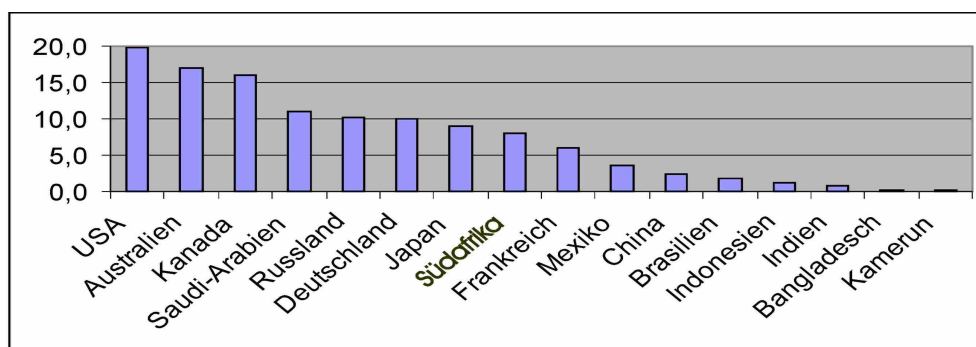
NAJU- Position Klimaschutz

Seit zum ersten Mal vor der Gefahr des anthropogenen Treibhauseffektes gewarnt wurde haben die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesem Thema um ein Vielfaches zugenommen und sich mit der Zeit zu der Gewissheit verdichtet, dass wir ein gewaltiges und unabschätzbare Problem schaffen. Der weltweite Stand der Wissenschaft wird insbesondere in den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wiedergegeben. In diesem Gremium tragen Wissenschaftler aus der ganzen Welt regelmäßig den aktuellen Stand des Wissens zum Thema Klimawandel zusammen. Das Problem beruht auf dem Anstieg der Konzentration der sogenannten Treibhausgase in der Atmosphäre, der eine weiter ansteigende Erhöhung der weltweiten Durchschnittstemperatur und damit einschneidende Veränderungen in unserem seit Jahrtausenden eingespielten Klima- und Wettersystem zur Folge hat. Kohlenstoffdioxid (CO₂) trägt bisher mit 60% weltweit am meisten zum Treibhauseffekt bei, weitere wichtige Faktoren sind Methan (=CH₄ mit 20%), Fluorkohlenwasserstoffe (14%) und Distickstoffoxid (=N₂O mit 6%). Bei den in Deutschland emittierten Treibhausgasen spielt CO₂ mit über 85% sogar eine noch größere Rolle. Im wesentlichen gehen die Treibhausgasemissionen in Deutschland auf die Nutzung fossiler Energieträger zurück. Die Konzentration in der Atmosphäre liegt zur Zeit bei 370 ppm (parts per million) gegenüber 280 ppm vor der Industrialisierung. 450 ppm würde inklusive der Wirkung anderer Treibhausgase in etwa einer Verdopplung der vorindustriellen Konzentration entsprechen. Bereits bei einer solchen Verdopplung sind gravierende negative Wirkungen wahrscheinlich, höhere Konzentrationen verschärfen das Problem deutlich.

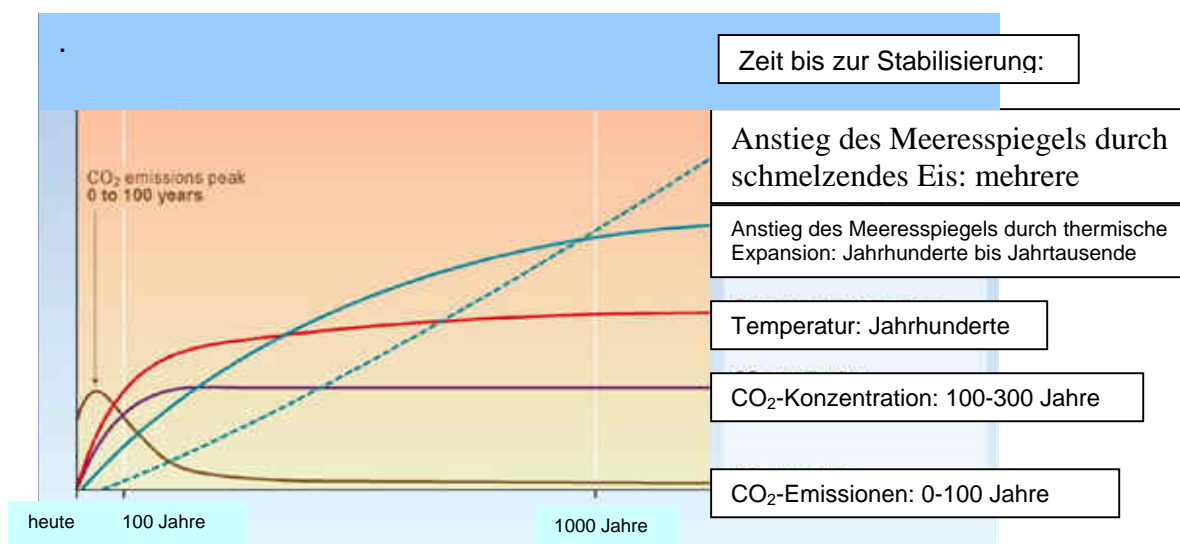
Die Folgen

Ohne eine wirkungsvolle Klimaschutzpolitik werden unter anderem eine deutliche Zunahme extremer Wetterereignisse, Zerstörung von Ökosystemen, ein Anstieg des Meeresspiegels, Dürren und Hungersnöte sowie riesige Flüchtlingsströme Folgen des Klimawandels sein.

Ein besonderes Problem ist die Ungerechtigkeit zwischen Verursachern und Leidtragenden. Während die Hauptverursacher des Klimawandels die "Reichen" sind, die sich Energieverschwendung und Luxus leisten können, so müssen doch alle unter den Folgen der Klimaveränderung leiden. Besonders betroffen sind Bewohner von flachen Inselstaaten und Küstenregionen und insgesamt die Armen auf dieser Erde, die sich teure Schutzmaßnahmen nicht leisten können. Die folgende Grafik veranschaulicht die Pro-Kopf-Emissionen einiger Länder, um die eklatanten Unterschiede aufzuzeigen (alle Angaben in t CO₂ / Kopf):



Eine weitere Ungerechtigkeit ist, dass die künftigen Generationen noch weit mehr als die heute Erwachsenen unter den Folgen zu leiden haben. Die zweite Grafik veranschaulicht die riesige Trägheit des Klimasystems: Emissionen heute führen noch in tausend Jahren zu einem fortschreitenden Anstieg des Meeresspiegels:



Deshalb protestieren wir Jugendliche auf das Schärfste gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und der unserer Kinder. Es ist inakzeptabel, dass viele Erwachsenen heute sich aus Bequemlichkeit oder Profitgier gegen die notwendigen Umstellungen unseres Energiesystems und ihrer Lebensweise stellen, obwohl sichere wissenschaftliche Erkenntnisse über die fatalen Folgen für uns und kommende Generationen vorliegen.

Neben den extrem langen betroffenen Zeiträumen weist die Klimaproblematik noch einige weitere besondere Charakteristika auf: Zum einen sind die Prozesse, bei denen Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen, sehr eng mit unser aller täglichem Leben verflochten: Wärme, Strom, Transport, sogar Tennisbälle und Kühlschränke tragen zur Klimaerwärmung bei. Nicht zuletzt durch diese vielfältigen Ursachen sind auch sehr große wirtschaftliche Interessen betroffen, sobald ein Land versucht, die Emissionen deutlich zu reduzieren. Und auch wenn die gesamtwirtschaftliche Bilanz für den Umweltschutz spricht, setzen sich oft mächtige Einzelinteressen durch. Ein weiteres Charakteristikum der Klimaproblematik ist die Unsicherheit hinsichtlich vieler Faktoren; es ist unmöglich, sichere Aussagen zum Beispiel hinsichtlich der genauen Folgen einer Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur um 2°C abzuwarten, bevor wir die Emissionen reduzieren; denn die Konsequenzen des Klimawandels werden schwerwiegend und irreversibel sein.

Der politische Weg zum Klimaschutz

Der Klimawandel lässt sich nur auf globaler Ebene abmildern, da wir es hier mit einer ausgeprägten „Trittbrettfahrerproblematik“ zu tun haben. Das heißt, dass es sich für jedes einzelne Land nicht lohnt, seine Emissionen spürbar zu verringern, wenn es nur die positiven Umwelteffekte für sich selbst, nicht aber für die anderen berücksichtigt. Denn jeder Staat hat nur einen geringen Einfluss auf die weltweite

Treibhausgaskonzentration, die Kosten für die Emissionsvermeidung muss er aber allein tragen; dennoch würden aber alle Länder dieser Erde sehr deutlich profitieren, wenn die globalen Treibhausgasausstöße stark zurückgingen.

In dieser Situation kann nur ein multilaterales Abkommen weiterhelfen, das garantiert, dass sich nicht einzelne wenige für den Nutzen aller anstrengen und dennoch wegen der Emissionen der anderen mit schwerwiegenden Folgen des Klimawandels konfrontiert werden. In diese Richtung sollten auch alle Bemühungen der deutschen Regierung auf internationaler Ebene gehen. Die Klimaproblematik muss zu einer der höchsten Prioritäten der internationalen Politik und Diplomatie werden. Das Kyoto-Protokoll ist ein vielversprechender Ansatz für eine internationale Lösung, im Zweifelsfall muss aber auch Kreativität und Handlungsbereitschaft für andere Konzepte vorhanden sein.

Es ist ein ernstes Problem, dass der größte Emittent, die USA, sich zur Zeit gegen eine Reduktion ihrer Emissionen sperren. Mittelfristig ist es notwendig, die USA wieder in einen multilateralen Ansatz einzubinden. Kurzfristig können wir aber auch ohne sie gemeinsam mit anderen Staaten eine Vorreiterrolle übernehmen. Die Erfahrungen, die wir so sammeln, können später sowohl für effizientere Emissionsreduktionen sorgen als auch für uns einen wirtschaftlichen Vorteil darstellen. Insbesondere sollte sicher gestellt sein, dass die USA einen multilateralen Ansatz nicht unterminieren und die weltweiten Bemühungen nicht blockieren.

Die Pro-Kopf Emissionen verschiedener Länder zeigen deutlich, dass die Industriestaaten verpflichtet sind, sehr weitgehende Klimaschutzanstrengungen zu unternehmen, bevor sie Ähnliches von den Entwicklungsländern fordern können. Dass die dort schnell anwachsenden und in absoluten Werten sehr bedeutenden Emissionen eine baldige Emissionsbegrenzung für einige große Entwicklungsländer unumgänglich macht, beweist wiederum, wie dringend wir in den reichen Ländern den Worten Taten folgen lassen müssen. Es wäre zum Beispiel denkbar, Verpflichtungen für die Entwicklungsländer in der 3. Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls (2018-2022) an die Erfüllung sehr stringenter Ziele in den Industriestaaten während der 2. Verpflichtungsperiode (2013-2017) zu knüpfen. Zwischenzeitlich sollte mit Geld und Technologie aus den Industriestaaten das rasante Emissionswachstum in einigen Entwicklungsländern gebremst werden.

Die internationalen Vereinbarungen können nur zum Erfolg führen, wenn sie national umgesetzt werden und einen deutlichen Emissionsrückgang zur Folge haben. Die NAJU unterstützt die Forderung, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 um 40 % zu reduzieren. Für die EU ist im gleichen Zeitraum ein Ziel von -30 % realistisch und sollte so bald wie möglich verbindlich beschlossen werden. Bis zur Mitte dieses Jahrhunderts sollten die Industriestaaten ihre Emissionen um 80 % reduzieren, um den Entwicklungsländern ein moderates Wachstum zu erlauben und dennoch eine Halbierung der globalen Emissionen zu ermöglichen.

Die Umsetzung in Deutschland

Emissionshandel: Der nationale Allokationsplan für den europäischen Emissionshandel sollte für künftige Handelsperioden ein deutlich ambitionierteres Reduktionsziel festschreiben, keine Ausnahmeregelungen enthalten, einen Anreiz zur Investition in neue, kohlenstoffarme Technologien bieten und in einem transparenten Prozess entwickelt werden. Projekte in anderen Ländern im Rahmen von Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI) sollten nur

zugelassen werden, wenn sie die „Gold-Standards“ (zusätzlich, keine Kohle, keine Forstprojekte, keine große Wasserkraft) erfüllen.

Ökologische Finanzreform: Wir fordern eine kontinuierliche, spürbare Anhebung der Ökosteuer von 5-10 Cent/Liter Benzin und 0,26 Cent/kWh Strom. Außerdem sollte dringend eine Kerosinsteuer erhoben und kontraproduktive Subventionen wie die Pendlerpauschale, die Kohlesubvention und die Eigenheimzulage abgeschafft werden.

Erneuerbare Energien: Das ErneuerbareEnergienGesetz (EEG) ist ein hervorragendes Instrument, um den Einsatz dieser Technologien in der Stromproduktion zu erhöhen. Es sollte deshalb fortgeführt und ausgebaut werden. Es ist wünschenswert, dass auch im Wärme- und Transportsektor ähnlich positive Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Entstehung von Märkten für Erneuerbare-Technologien effektiv fördern. Des weiteren müssen Gelder für die Unterstützung von Forschung und Entwicklung bereit stehen. Atomar erzeugten Strom lehnen wir als Alternative ausdrücklich ab.

Energieeffizienz: Nicht nur die Produktionsweise von Endenergie sollte so effizient wie möglich gestaltet werden, sondern auch der Verbrauch. Dazu gehören Grenzwerte für den Energieverbrauch aller Haushaltsgeräte, effektive Maßnahmen gegen den hohen Stand-By-Verbrauch (im Wert von 2,5 Mrd € pro Jahr), sowie die Nutzung von Abwärme durch Blockheizkraftwerke (BHKWs). Es sollte Hausbesitzern erlaubt werden, die Errichtung von BHKWs in Mietshäusern über die Heizkosten der Mieter zu finanzieren, sofern diese dadurch keine finanziellen Einbußen erleiden.

Suffizienz: Allein durch direkte staatliche Maßnahmen kann der nötige Wandel nicht erreicht werden. Ein anderes Verbraucherverhalten und –bewusstsein können zu deutlichen Emissionsminderungen führen, ohne dass dadurch die Lebensqualität in Deutschland sinken müsste. Wir fordern das Ende der Wahnvorstellung Konsum, nach der mehr und schneller immer besser sei. Stattdessen wollen wir die Bedürfnisse von Mensch und Natur wieder in den Mittelpunkt stellen.

Verkehr: Emissionen aus dem Transport-Sektor wachsen in Deutschland als einzige deutlich an. Neben der Besteuerung von Kerosin und internationalen Flügen sollten die Subventionen für den Straßenverkehr deutlich gesenkt und dafür ein attraktiverer öffentlicher Güter- und Personenverkehr aufgebaut werden. Bessere Bus- und Bahnverbindungen inklusive abends und am Wochenende insbesondere in den ländlichen Gebieten würden auch signifikant zur Unabhängigkeit der Jugendlichen ohne Führerschein beitragen. Des weiteren kann die Schaffung eines benutzerfreundlichen Radwegenetzes in allen Städten zu einer Entlastung bei den Emissionen führen.

Bildung: Die Kenntnis der Bedrohung durch den Klimawandel und dessen Ursachen sind unverzichtbar für eine demokratische Gesellschaft. Deshalb fordern wir, dass die Klimaproblematik in den Lehrplänen ausführlich verankert und in allen Kommunikationsmedien regelmäßig aufgegriffen wird.